

Selbstständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

eingbracht am 01.09.2016, 07:40:25

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), LTAbg. Mario Kunasek (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Andrea Michaela Schartel (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ)

Fraktion(en): FPÖ

Zuständiger Ausschuss: Gesundheit

Regierungsmitglied(er): Landesrat Mag. Christopher Drexler

Betreff:

Kampagne über die Auswirkungen des Nicht-Impfens

Laut dem Globalbudget „Gesundheit und Pflegemanagement“ des Jahres 2015 machte sich die steirische Landesregierung in Wirkungsziel Nummer drei des Bereichsziels Nummer eins unter anderem ein niedriges Risiko für Infektionserkrankungen zur Aufgabe. Im dazugehörigen Begründungstext hieß es dazu, dass Infektionserkrankungen durch entsprechende Vorbeugemaßnahmen vermeidbar seien. Als einer der Indikatoren für eine spätere Überprüfung des gesetzten Ziels wurde festgelegt, den zum Zeitpunkt der Budgeterstellung vorliegenden IST-Wert von 94,5 Prozent Durchimpfungsrate bei Kindern im Vorschulalter auch im Jahr 2015 erreichen zu wollen. Aus dem vorliegenden „Bericht über die Ergebnisse des Wirkungscontrollings für das Finanzjahr 2015 (Wirkungsbericht 2015)“ (EZ 946/1) geht allerdings hervor, dass die Inanspruchnahme im vergangenen Jahr gesunken sei. So lag die Durchimpfungsrate bei Kindern im Vorschulalter tatsächlich bei lediglich 81,58 Prozent. Die Landesregierung begründet die niedrige Quote einerseits mit der nicht vorhandenen Verpflichtung zu Impfungen und andererseits damit, dass kritische Stimmen zur Sinnhaftigkeit von derartigen Vorbeugemaßnahmen die Bevölkerung beeinflussen würden.

Die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) erkannte den akuten Handlungsbedarf in der Thematik bereits früher und verwies am 15. März 2016 in einer Presseaussendung auf einen dramatischen Anstieg an Frühsommer-Meningoenzephalitis-Fällen innerhalb der letzten Jahre. So seien seit 2011 dreimal so viele Kinder unter 15 Jahren an FSME erkrankt, wie in den fünf Jahren zuvor – bei den Kindern bis zu sechs Jahren waren es fast viermal so viele. Laut ÖÄK-Impfreferent Rudolf Schmitzberger ist vor allem der starke Rückgang an Impfungen bei Kleinkindern alarmierend, „*denn sie sind beim Spielen ganz besonders gefährdet: Zecken sitzen meist im Gras und auf Sträuchern bis etwa eineinhalb Meter Höhe und werden durch Berührung abgestreift oder lassen sich fallen.*“ Der Experte erklärt sich die zurückgehenden Impfraten unter anderem folgendermaßen: „*Offensichtlich sind sich viele Eltern nicht bewusst, dass Zecken auch auf städtischen Spielplätzen in ‚Beserlparks‘ sowie zunehmend in alpinen Regionen vorkommen. Aus ärztlicher Sicht ist es jedenfalls unverantwortlich, Kinder dem Risiko einer FSME-Infektion auszusetzen.*“

Erst Anfang August dieses Jahres wurden die Warnungen hinsichtlich der Gefährlichkeit von unterlassenen Impfungen bestätigt. So berichtete die „Kleine Zeitung“ am 2. August 2016 über den Tod einer 19-jährigen Römerin, die wohl beim Besuch des Weltjugendtages in Krakau an Meningitis erkrankt und daraufhin am Rückweg nach Italien in einem Wiener Spital verstorben war. In einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ bekundete der Spezialist Werner Zenz von der LKH-Universitätskinderklinik in Graz, dass sich seiner Meinung nach jedes Kind gegen alle Meningokokken-Stämme impfen lassen sollte. Dies sei ab dem dritten Lebensmonat möglich.

Ohne entsprechende Impfungen wird auch die Ausrottung der Masern bis zum Jahr 2020 nicht möglich sein. Dieses Ziel bestätigte Pamela Rendi-Wagner, im Gesundheitsministerium für öffentliche Gesundheit verantwortlich, in einem Interview mit dem „Standard“. Laut der Expertin müssten dazu jedoch die Impfraten erhöht werden. Ansonsten werde Österreich den unrühmlichen zweiten Platz, was die Krankheitshäufigkeit betrifft, weiter belegen. „*Es ist eine hochansteckende, gefährliche Erkrankung, deren Nachwirkung, die subakute sklerosierende Panenzephalitis, auch noch Jahre nach einer Maserninfektion auftreten kann und zum Tod führt. Als Gesundheitsbehörde ist es unsere Aufgabe, mit aller Kraft Maßnahmen gegen Masern zu setzen.*“ Rendi-Wagner verwies zudem darauf, dass sich die Krankheit immer dort rasend schnell verbreite, wo Ungeimpfte zusammenkommen – dazu zählen etwa auch Spitäler.

Die steirische Politik ist in der Pflicht, den weiteren Vormarsch von derartigen Krankheiten zu verhindern. Dazu muss die Bevölkerung und insbesondere Eltern ausreichend aufgeklärt und besser über das Thema „Impfen“ informiert werden. Die Grundlage für eine entsprechende Kampagne sollte hierbei der österreichische Impfplan sein, da dieser bereits alle empfohlenen Maßnahmen beinhaltet. Es gilt zu bedenken, dass das Unterlassen von Impfungen nicht nur auf den Einzelnen, sondern auch auf die gesamte Gesellschaft Auswirkung hat. Im Sinne der „Herdenimmunität“ haben Erwachsene eine besondere Verantwortung, um die Verbreitung von Krankheiten zu unterbinden, zumal Neugeborene erst ab einem bestimmten Alter geimpft werden können. Das Land Steiermark muss daher unverzüglich eine Informations- und Aufklärungskampagne zum Thema „Impfen“ ins Leben rufen.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Schritte für die Durchführung einer Informations- und Aufklärungskampagne in der Steiermark zum Thema „Impfen“ und insbesondere über die Auswirkungen des Nicht-Impfens in die Wege zu leiten.

Unterschrift(en):

LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), LTAbg. Mario Kunasek (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Andrea Michaela Schartel (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ)